

Israel heute Oder warum die internationale Nahostpolitik versagt

von Reiner Bernstein¹

Lassen Sie mich eingangs meine Überzeugung wiederholen, dass wir Substanzen und Konvulsionen im israelisch-palästinensischen Konflikt, der längst ein eigenes Profil jenseits der Erschütterungen durch den Holocaust in Europa entwickelt hat, nur unvollständig verstehen, wenn wir sein regionales Umfeld vernachlässigen. Indem wir unsere ganze Aufmerksamkeit auf das Ringen dieser beiden Völker konzentrieren, übernehmen wir nicht nur bekannte analytische Schwächen, die an die Stelle der Würdigung politischer, kultureller und sozialer Realitäten die Wiederholung normativ-ideologischer Vergewisserungen setzen. Der Nahostkonflikt steht nicht im voraussetzungslosen Zentrum aller Antagonismen. Volker Perthes, Direktor der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin, hat kürzlich bestätigt, dass alle Bemühungen um mehr Sicherheit in der Region vom Persischen Golf bis Ägypten die lokalen Ursachen und die internationalen Dimensionen berücksichtigen müssen. Auf das spezifische Verständnis von Sicherheit in Israel wird noch einmal zurückzukommen sein.

Die Eindimensionalität in unseren Wahrnehmungen ist umso bedenklicher, weil sie auf eine ähnlich kritische Intensität in der Befassung mit palästinensischen Szenarien verzichtet. So kommen

¹ Erweiterte Fassung des Referats auf der Grundlage handschriftlicher Notizen bei der Feier der 10. Olivenöl-Kampagne in Zürich zugunsten palästinensischer Kleinbauern in der Westbank am 30.10.2010. Vorgegangen war ein Referat des palästinensischen Film-Dokumentaristen Mohammed Alatar („The Iron Wall“, „Jerusalem – the East Side Story“). Im Anschluss berichtete Victor Kocher, langjähriger Nahostkorrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, über seine Erfahrungen, während zum Abschluss der Generalsekretär der „Arab Agricultural Association“ in Ramallah, Saad Daher, unter Einsatz einer Powerpoint-Präsentation über Probleme und Perspektiven palästinensischer Bauern in der Westbank Auskunft gab. Ich danke Jochi Weil und Dr. Francesca Pelliciotti für die Einladung und die Begleitung während der Veranstaltung.

Ungleichgewichte im Urteil zustande, die selbst im Nahen Osten nur bei denen einen „positiven“ Widerhall finden, die sich über das Verständnis vom Frieden keine angemessenen Gedanken machen wollen. Das Verhältnis zwischen Politik, Gesellschaft und Religion ist in der gesamten Region fragil geworden. Überall begegnen uns Fluchtbewegungen in die Religion als Reaktion auf das Versagen der Politik².

„Wen das Land nicht kümmert...“

Nach Auffassung prominenter Repräsentanten der Siedlerbewegung liegt das eigentliche Gründungsdatum des Staates Israel im Sommer 1967. Theodor Herzls Vision war für sie ein Blendwerk, weil sein „Judenstaat“ die Rabbiner in die Synagogen verbannen wollte und sein Palästina ein profanes Territorium darstellte. Die Präambel der Proklamationsurkunde vom Mai 1948 betonte zwar das „geistige, religiöse und politische Wesen“ des jüdischen Volkes in seiner Verbundenheit mit dem Lande Israel. Doch stand die Gründung realgeschichtlich zu sehr unter den traumatischen Erfahrungen der Shoah und ihrer Überlebenden. Zwanzig Jahre später verglich Moshe Levinger, früher religiöser Wortführer der Siedlerbewegung, den Holocaust mit einem riesigen Besen, der die Einwanderung gefördert habe – eine zynische Bewertung, die sich in David Ben-Gurions abfälligem Standpunkt vom „Menschenstaub“ wiederfand, der sich nach 1945 im britischen Mandatsgebiet eingefunden habe.

Mit der „Rückkehr ins Land der Väter“, nach „Judäa und Samaria“, setzte sich ein grundlegender Wandel im Selbstverständnis des politischen Zionismus durch, der auf alle gesellschaftlichen Teile übergriff. Namhafte Literaten wechselten die Fronten und schlossen sich dem neuen Messianismus an. Bereits am 16. Juni 1967

² Mein Bericht über Begegnungen, Eindrücke in Erfahrungen aus Ägypten folgt in Kürze.

veröffentlichte der Dichter Nathan Alterman (1910 – 1970) im Massenblatt „Maariv“ einen Aufruf, in dem er schrieb:

„Dies ist die Bedeutung unseres Sieges: Er tilgte gegen alle praktischen Absichten die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und dem Land Israel. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit...“

Vermittelst der aktivistischen und vorwiegend von jungen Juden getragenen Kolonisation, die im Februar 1974 ihre Formalisierung im „Gush Emunim“ (Block der Glaubenstreuen) fand, setzte der gezielte Marsch durch die Institutionen ein. Inzwischen sind ihre Protagonisten in der Lage, den Rückzug aus „Judäa und Samaria“ und aus dem einst durchgängig arabischen Ost-Jerusalem zu verhindern, würde eine Regierung solches aus eigener Entscheidung oder aufgrund internationalen Drucks beschließen. Schon 1993 forderten zweihundert Rabbiner – unter ihnen die einstigen Oberrabbiner Shlomo Goren und Avraham Shapiro – die Soldaten auf, eventuelle Befehle der Regierung zur Evakuierung von Siedlungen zu verweigern, weil die Bewahrung der Thora wichtiger sei als die Rettung der dort lebenden Juden vor palästinensischen Attentätern. Nunmehr soll der Anteil der ultraorthodoxen Männer im Militär nach israelischen Medienberichten bis 2015 auf dreißig Prozent ansteigen, nachdem der frühere Staatspräsident Moshe Katzav einem solchen Aufschwung sein Plazet in die Worte gekleidet hatte, auch die Streitkräfte gehörten zu den „Instrumenten der Erlösung Israels“.

Mit seinem „Westbank Data Project“ kam der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti bereits Mitte der 1980er Jahre zum Ergebnis, dass die israelischen Interventionen irreversibel seien. Die Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 waren jenseits ihrer fragwürdigen völkerrechtlichen Verbindlichkeit keine Friedensverträge, wie fälschlich immer wieder behauptet worden ist.

Vielmehr waren sie dazu angetan, die nationale Ebenbürtigkeit der Palästinenser zu vereiteln³. Die israelische Regierung konnte darauf hinweisen, dass Yasser Arafat diese Dokumente und das Pariser Protokoll vom Mai 1994 unterzeichnete. Zwar unterstrich letzteres in seiner Präambel, dass

„beide Seiten den Wirtschaftssektor als einen der Ecksteine in ihren beiderseitigen Beziehungen für die Stärkung ihres Interesses an der Schaffung eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens“

betrachten. Tatsächlich jedoch lief das Protokoll auf die Verfestigung der asymmetrischen Marktbeziehungen hinaus, denen die palästinensische Wirtschaft bis heute nicht entkommen ist. Wie wenig Arafats tunesische Selbstherrlichkeit um seine unter der Besatzung leidenden Landsleute besorgt war, belegen nicht nur die schweren Bedenken und nachdrücklichen Warnungen der politischen Elite in der Westbank um Haydar Abdel Shafi, Hanan Ashrawi und Faisal Hussein, sondern auch seine Proklamation des virtuellen Staates Palästina im November 1988 in Algier – mitten in der ersten Intifada, von deren Ausbruch er überrascht worden war.

Als Yitzhak Rabin in der Interimsvereinbarung vom September 1995 („Oslo II“) trotz schwerer innenpolitischer Widerstände bereit war, Teile der Westbank aufzugeben – ohne den Palästinensern mehr als Autonomie zugestehen zu wollen! –, traf ihn ein rabbinischer Bannstrahl: „Wer sich um das Land nicht kümmert, um den kümmert sich das Land nicht.“

An solchen radikalen Barrieren sind Aufrufe wie die „Arabische Friedensinitiative“ vom März 2002 und die israelisch-palästinensische „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003 bislang gescheitert. Wer Benjamin Netanyahus revisionistisches Buch „A

³ Kap. II meines Buches „Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten“ (Berlin 2000): „Die vereitelte Ebenbürtigkeit“.

Place Among the Nations. Israel and the World“ von 1993 liest und sich sein Kapitel „Der Verrat“ („The Betrayal“) vornimmt, in dem er das Weißbuch des damaligen Kolonialministers Winston Churchill von 1922, das zur Teilung des Mandatsgebietes führte, einer heftigen Kritik unterzog, und wer sich vor Augen führt, dass er sich nicht an Geist und Buchstaben von „Oslo“ hält, aber gleichzeitig von Hamas die Anerkennung aller früheren Vereinbarungen verlangt, wird von Zweifeln verschont bleiben, dass sein Bekenntnis zur Zweistaatenlösung kaum mehr darstellt als ein Lippenbekenntnis.

Würde es eines aktuellen Belegs bedürfen, wäre auf Netanyahus Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen zu verweisen: die Forderung an die palästinensische Adresse, „Israel als jüdischen und demokratischen Staat“ anzuerkennen. Abgesehen von der faktischen Differenz zwischen einem „Staat der Juden“ und einem „jüdischem Staat“, dem ein religiös-orthodoxes Selbstverständnis zugrunde liegt, sowie ungeachtet der Rückwirkungen auf die israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit, folgt das Verlangen einem nationalen Exklusivismus, der die ethnische, religiöse und kulturelle Vielgestaltigkeit der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten von Grund auf ablehnt.

Dass dieses Identitätskonzept darüber hinaus das Leben jüdischer Minderheiten in Marokko, Tunesien, Ägypten und Syrien nachhaltig belastet, liegt im politischen Zionismus selbst begründet, der seinen Anspruch als Avantgarde des gesamten jüdischen Volkes hochhält. So ließ sich der nach eigenem Bekunden agnostische Schriftsteller A. B. Yehoshua zu der Rüge hinreißen, unbeeindruckt von der Shoah klammerten sich die Juden vor allem in den USA wie Bluteigel an andere Völker, statt sich ihrer historischen Verantwortung der Einwanderung nach Israel bewusst zu werden.

Die arabische Karte

Wer in der vergangenen Zeit im Libanon, in Jordanien und in Ägypten Gespräche mit Angehörigen der sogenannten politischen Klasse und mit Vertretern der Zivilgesellschaft führen konnte, wird den Eindruck gewonnen haben, dass der israelisch-palästinensische Konflikt zu den Kontinuitäten der öffentlichen Debatte gehört, dass ihm jedoch kaum jenes Alltagsinteresse gehört, das ihm in europäischen Diskursen gern zugemessen wird. Als eherner Grundsatz gilt, dass ohne Syrien kein Frieden und ohne Ägypten kein Krieg gegen Israel möglich sind. Doch in beiden Staaten sind die Herrschenden und ihre Gefolgschaft vor allem mit dem eigenen politischen Überleben beschäftigt.

Außenpolitisch richtet sich das Damaszener Augenmerk auf das Dreieck Iran – Libanon – Washington. Ägypten hingegen wird von der Innenpolitik in Atem gehalten. Die schweren Verwerfungen im Zuge der seit 28 Jahren anhaltenden Herrschaft Hosni Mubaraks haben in weitesten Teilen der Gesellschaft den Vorwurf der politischen Reformunfähigkeit des Regimes provoziert. Steigende Preise für Grundnahrungsmittel, Unterdrückung der politischen Opposition und die Entlassung kritischer Medienleute gehen einher mit den – erfolgreichen – Bemühungen des Präsidenten, gegenüber dem westlichen Ausland die Moslebrüder als schwere Gefahr für die politische Stabilität des Landes herauszustellen, um internationale Forderungen nach mehr Demokratie und nach der Achtung grundlegender Menschenrechte abzuwehren.

Weder Syrien noch Ägypten als Schwergewichte in der Arabischen Liga sind nicht in der Lage, einen konstruktiven Beitrag zur Überwindung der Konfrontation zwischen Israel und den Palästinensern zu leisten. So bleiben diese trotz ihrer gegenläufigen Interessenlagen die einzigen natürlichen Verbündeten in dem ihnen

gemeinsamen Land. Als politisch ernst zu nehmende Kraft kommt Europa im arabischen Nahen Osten kaum vor.

Warum die amerikanische und europäische Nahostpolitik versagt

Seit dem Scheitern neuerlicher Verhandlungen im Nachgang des Gipfeltreffens am 2. September 2010 in Washington bleibt der US-amerikanischen Außenpolitik nach dem parlamentarischen Wiederaufstieg der Republikanischen Partei und ihrer Vorfeldtruppen vom Schlage der „Tea Party“ wenig Energie für den politisch-diplomatischen Einsatz im Nahostkonflikt. In einem Beitrag für die „New York Times“ Ende Oktober bestätigte Thomas Friedman überdies, dass viele Amerikaner von Israel die Nase voll hätten und junge Juden sich von Israel abwenden würden. Die wirtschaftliche Schwäche und der befürchtete Staatsbankrott sowie die Herausforderungen in und gegenüber Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak und Jemen werden die Agenda Washingtons in Zukunft mehr denn je bestimmen.

Zu beobachten ist, dass sich um einen nahostpolitischen Neuanfang bemühte jüdische Berater Barack Obamas zurückziehen und dass es Organisationen wie „J-Street“ schwerfällt, Zugänge zu Entscheidungsträgern auf dem Capitol zu finden. Es ist kaum zu erwarten, dass die Administration dem Ratschlag von Anthony H. Cordesman – dem Vorsitzenden des renommierten „Center for Strategic and International Studies“ (CSIS) – folgt, wonach aus dem strategischen Sonderverhältnis der USA zu Israel im Gegenzug besondere Verpflichtungen Israels gegenüber Washington abzuleiten seien: Die amerikanischen Zusagen dürften nicht bedeuten, dass die USA zur Siedlungspolitik in der Westbank und zur harten Hand in Jerusalem schweigen sowie die Bombardierung Libanons im Sommer 2006 und des Gazastreifens zum Jahreswechsel 2008/09 unterstützen.

Der auf die Außenpolitik gemünzte Hilferuf Obamas vor anderthalb Jahren ist in Europa damals ungehört verklungen; er wurde nicht ernst genommen, weil doch alle Präsidenten zuvor auf die Vormachtstellung im Nahen Osten bedacht waren. Im Gegenzug handelte sich die Europäische Union den Ruf als „payer, not player“ ein. Seit der Prinzipienklärung vom 13. September 1993 und der ihr zwei Wochen später folgenden Geberkonferenz der Weltbank für die entstehende palästinensische Autonomiebehörde habe ich mehrfach Gelegenheit gehabt, auf die Beschädigungen aufmerksam zu machen, welche diese Reduktion auf finanzielle, technische und organisatorisch-infrastrukturelle Aufbauleistungen bei nachdenklichen palästinensischen Empfängern ausgelöst hat. Selbst bei der „Road Map“, die von politischen Initiativen Joschka Fischers getragen war, mussten sich die Europäer mit dem Beifahrersitz begnügen.

Wer die Nahosterklärungen der EU-Staats- und Regierungschefs sowie die Protokolle des Deutschen Bundestages durchschaut, wird eine erstaunliche rhetorische Gleichförmigkeit im Urteil feststellen. Hier werden Sorgen geäußert und politische Forderungen erhoben. Dort wird zunächst das Ende palästinensischer Gewalt- und Terrorakte verlangt, bevor kritische Worte zur Siedlungspolitik fallen, und schließlich werden alle operativen Hoffnungen auf die USA gesetzt. Erst jüngst – und wahrscheinlich zu spät – ist die vereinbarte Aufwertung der europäisch-israelischen Beziehungen an nachweisbare Fortschritte im israelischen Verhandlungsprozess mit den Palästinensern geknüpft worden. Denn diese Absicht ist zumindest von Berlin mehrfach unterlaufen worden, so bei der Zusage von atomar ausrüstbaren U-Boot-Lieferungen –, deren Testfahrten von der Osloer Regierung in norwegischen Hoheitsgewässern untersagt worden ist.

Wer sich unter europäischen Diplomaten und Parlamentariern umhört, wird unschwer den Trend zur Abkehr vom Nahostkonflikt erkennen. Die Verschärfungen in der dortigen Konfrontation und der

Stillstand bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen fördern die Neigung, Israelis und Palästinensern ihrem Schicksal zu überlassen, und zwar in erstaunlicher Verkennung des elementaren Machtgefälles. Wer darauf setzt, dass die Vereinigten Staaten keine Probleme frühzeitig auf die Tagesordnung setzen, die doch den Verhandlungen überlassen werden müssten⁴ – die also beiden Parteien das Ende der Konfrontation anheimstellt, räumt dem Stärkeren freie Hand ein. Dass die Vereinigten Staaten und Israel ihre Zusammenarbeit bei der Förderung von regionaler Sicherheit und Stabilität mit Blick auf den Iran noch einmal betont haben – ohne mit einem Wort zum Nahostkonflikt Stellung zu nehmen⁵ – wirft ein weiteres Schlaglicht auf die Prioritäten in Washington. Da jedoch der Nahostkonflikt zu den Konstanten in arabischen Diskursen gehört, werden die USA nicht umhinkommen, ihre doppelten Maßstäbe zu überdenken.

Bei den Europäern könnte sich in mehrfacher Hinsicht einiges an der bisherigen Selbstgenügsamkeit ändern. Zum einen tritt ein allmählicher Ablösungsprozess vom transatlantischen Partner zutage, um in den Beziehungen zur NATO und zu Russland eigene Wege zu suchen, nachdem der Kalte Krieg und seine Nachwehen der Abgrenzung vorüber sind. Zum anderen werden die einsetzenden Grundsatzdebatten über eine strengere europäische Haushaltsdisziplin dafür sorgen, dass manche externen Projekthilfen und Fördergelder auch an Israel neu bedacht werden. Drittens lädt Netanyahu die Europäer geradezu ein, einen neuen Kurs einzuschlagen. Das jüngste Beispiel für die Verärgerung bot die Absage des Ministerpräsidenten, im Oktober an Spitzentreffen in Paris und Barcelona teilzunehmen, zu denen auch Hillary Clinton

⁴ Courage and Leadership Needed. Martin Indyk, vice-president for foreign policy, the Brookings Institution; former U.S. ambassador to Israel (1995–97, 2000–01). Interview with „Middle East Bulletin“, October 13, 2010.

⁵ Joint Statement on the U.S.-Israel Strategic Dialogue, Office of the Spokesman, Washington, DC, October 18, 2010.

eingeladen war. Netanyahus Begründung lautete, dass die Zeit dafür nicht reif sei ...

Als bemerkenswert darf schon gelten, dass Außenminister Guido Westerwelle die Laudatio auf Daniel Barenboim bei der Verleihung des diesjährigen Preises des Westfälischen Friedens in Münster hielt, so wie sein Amtsvorgänger Frank-Walter Steinmeier dezidierte liberale israelische Autoren wie Amos Oz, David Grossman und Zeruya Shalev ins Außenamt einlud. Barenboim als Dirigent und – neben Edward Said – Promotor des „West-East Divan Orchestra“ ließ sich die Gelegenheit für den Hinweis nicht entgehen, dass die Uhren im Nahen Osten dreißig Sekunden vor zwölf stehen. Die heftige Kritik des „Israelkongresses“ in diesen Tagen an der deutschen Nahostpolitik dürfte ebenso zu den zum Scheitern verurteilten Nachhutgefechten gehören wie der Versuch des Zentralrates der Juden in Deutschland, den französisch-deutschen Politologen Alfred Grosser aus Anlass der Reichspogromnacht am 9. November in der Frankfurter Paulskirche nicht reden zu lassen. Die parteiübergreifende Abwehr dieses Ansinnens gehört zu der neuen Qualität im Verhältnis zu einer Dachorganisation, der allzu häufig ein unangemessener Alarmismus vorgehalten werden kann.

Was tun?

Die an friedlichen Regelungen nahöstlicher Konfliktherde interessierten Kreise in den europäischen Zivilgesellschaften werden nach allen Erfahrungen die großen strategischen Entscheidungen ihrer Regierungen kaum beeinflussen können; die thematische und personelle Vielgestaltigkeit, Verpflichtungen, Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen in der Diplomatie sind schwer durchschaubar und zu schwergewichtig. Die Angehörigen der Zivilgesellschaften können freilich Vorfeldarbeiten leisten, die den Kabinetten bei Entscheidungsprozessen helfen. So war die Nachfrage sinnvoll, welche Regierungen der israelischen Einladung zur Teilnahme an

der Jerusalemer OECD-Tourismus-Konferenz im Oktober gefolgt sind, nachdem Spanien und Großbritannien ihr eine Absage erteilt hatten. Sie können überdies die großen Reiseunternehmen auffordern, in Zukunft etwa in Bethlehem die dortigen Hotelunterkünfte zu nutzen, statt die Besucher der Geburtskirche umgehend nach West-Jerusalem zurückzufahren. Auch ist es angebracht, Annoncen israelischer Agenturen im Ausland daraufhin zu überprüfen, ob sie in ihren Texten und auf ihrem Kartenmaterial die Westbank als Teil des Staates Israel ausweisen, und die Verantwortlichen darauf hinzuweisen, dass die israelische Regierung dem Postulat der Zweistaatenlösung folgt ...

Die Nagelprobe für die europäische Regierungspolitik naht im Sommer 2011. Bis dahin will die Palästinensische Autonomiebehörde die strukturelle Funktionstüchtigkeit der Gewaltenteilung in der Westbank so weit durchgesetzt haben, dass ungeachtet ausgebliebener Verträge mit Israel der Staat Palästina ausgerufen werden kann. Doch schon heute ist eine Entscheidung angesagt, ob die Europäische Union geschlossen der schwedischen Initiative folgt und Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten anerkennt. Damit steht sie vor der Herausforderung, ob sie ihrer politischen Rhetorik diplomatische Taten folgen lässt, so auch in Gestalt eines Antrags auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Die Bundesregierung in Berlin wird sich nicht länger damit begnügen können, unterhalb der Regierungskonsultationen mit Israel den Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschuss auf Expertenebene tagen zu lassen und dabei die Bereitstellung von weiteren 42,5 Millionen Euro für entwicklungspolitische Projekte herauszustellen⁶. Die Hamas-Regierung im Gazastreifen wird kaum in der Lage sein, sich der Dynamik der internationalen Anerkennung Palästinas zu entziehen. Was bei ihrer Isolierung fehlgeschlagen ist, könnte dadurch erreicht werden: die Einbindung in die politische Verantwortung.

⁶ Auswärtiges Amt: Aufbau staatlicher Strukturen – Deutsch-Palästinenser Lenkungsausschuss tagt in Ramallah, Berlin 28.10.2010.

Göttlicher Friede oder menschlicher Frieden

Der Staat Israel steht vor seiner schwersten Bewährungsprobe, politisch, moralisch und im internationalen Ansehen. Was viele seiner Freunde gern verdrängen und nicht zur Kenntnis nehmen wollen, scheint nicht mehr ausgeschlossen zu sein: die Gefahr des nationalen Desasters. Es ist nicht auf die militärische Stärke arabischer Nachbarn zurückzuführen, sondern auf die systematische Unterwanderung der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen – von der Bürokratie über das Parlament und die Armee bis zum religiös-orthodoxen Establishment samt seiner Parteien und außerparlamentarischen „pressure groups“ wie die Yeshiva „Keter Thora“ (Krone der Thora) im Jüdischen Viertel der Jerusalemer Altstadt und viele andere mehr, die ihre materielle Unterstützung in Sheikh Jarrach und Silwan von Sympathisanten wie dem amerikanischen Spielhallen-Betreiber Irvin Moskowitz erhalten. Ihrem Sicherheitsverständnis bewegt sich in metaphysischen Bahnen.

Politische Chauvinisten und biblisch-fundamentalistische Fanatiker haben es geschafft, in große Teile der Öffentlichkeit die Vorstellung vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9) zu implantieren, vor der Rabin in der letzten Regierungserklärung vor seiner Ermordung gewarnt hatte. Das durch die Agitations- und Propagandaabteilung geisternde Menetekel vom demographischen Faktor soll den Beweis liefern, dass Juden und Araber, Israelis und Palästinenser nicht zusammenleben können – eine prinzipielle Absage an die 22-prozentige palästinensische Minderheit in Israel und an Regelungen für Jerusalem.

Gershom Scholem hatte einst befürchtet, dass der Arbeiter-Zionismus, dem er „bolschewistische“ Elemente beimaß, nur eine Episode in den Annalen des jüdischen Volkes bleiben und die

Entfremdungen nicht aufheben werde, wenn er die „Wüste der Assimilation“ – den Ausstieg aus Geschichte und Tradition – in Palästina fortsetze. Aus Scholems Überzeugung, dass nur die Thora den Zionismus begründen könne und wenn „alle Juden fromm wären, wäre der Zionismus verwirklicht“, haben die Nachgeborenen ein allumfassendes Dogma herausgeschält: die Abkehr von Herzls Verlangen nach nationaler Ebenbürtigkeit des jüdischen Volkes unter den Völkern hin zu der Gewissheit, dass das jüdische Volk, zumindest soweit es im Lande Israel wohne, über den Wechselfällen der Geschichte stehe. Die theologische Eigenverantwortlichkeit wurde nach den Worten Levingers „wichtiger als hypothetischer Frieden“. Da Gott seine Wunder nicht zwecklos tue, dürfe keine Regierung die 1967 erreichte Einheit des Landes Israel antasten. Mithin liegt der Sicherheit eine an Bibel und Talmud orientierte denn eine strategisch-militärische Bedeutung zugrunde. Der an der Hebräischen Universität „Jüdisches Denken“ lehrende Aviezer Ravitzky hat dafür schon einen eindrücklichen Beleg aus den späten 1930er Jahren gefunden:

„Rabbi Judah der Prinz schickte Rabbi Hiyyah, Rabbi Assi [oder Ashi] und Rabbi Ammi in Städte im ganzen Land Israel, um Schreiber und Lehrer zu gewinnen. Da kamen sie an einen bestimmten Ort, wo sie weder einen Schreiber noch einen Lehrer fanden. Sie sagten zu den Bewohnern: ›Bringt uns die Wächter der Stadt.‹ Da brachten sie ihnen die städtischen Wachleute. Sie sagten zu ihnen: ›Sind dies denn die Wächter der Stadt? Sie sind die Zerstörer der Stadt!‹ Sie [die Rabbinen] sagten zu ihnen: ›Wer sind denn die Wächter der Stadt?‹ Sie antworteten: ›Die Schreiber und Lehrer, wie die Schrift sagt: Wenn der Herr nicht das Haus baut, arbeiten Seine Bauleute umsonst; wenn der Herr nicht die Stadt behütet, wacht der Wächter umsonst⁷.“

⁷ Zit. bei Bernstein: Der verborgene Frieden, a.a.O., S. 93.

„Unser Problem ist die große schweigende mittelständische Mehrheit“, hat Dan Wischnitzer⁸ in seinem jüngsten Rundbrief an seine Freunde in Europa geschrieben, „die nichts Schlimmes sehen, hören oder sagen will, solange der Lebensstandard ansprechend ist und man sich seine Batterien im Ausland aufladen kann.“ Im säkularen Teil der israelischen Bevölkerung über 20 Jahre, der nach einer Umfrage vom September 2010 noch 42 Prozent ausmacht, hat sich politische Apathie breitgemacht. Manche fühlen sich fremd im eigenen Land und ahnen, dass sie als „Esel des Messias“⁹ missbraucht werden sollen – als unfreiwillige Helfer von Absichten, die den Primat vom Staat Israel („Medinat Israel“) durch die Doktrin der Thora Israels („Thorat Israel“) ersetzen wollen.

⁸ Dan Wischnitzer war zwischen 1960 und 1992 hauptamtlicher Mitarbeiter von „Mapam“, davon die letzten zehn Jahre als Sekretär des „Israel Peace Committee“.

⁹ So der Titel des Buches von Seffi Rachlevsky „Der Esel des Messias“, Tel Aviv 1998 (Hebr.). Darin warnte der Publizist die damals noch mehrheitlich säkular orientierte jüdische Bevölkerung Israels davor, sich von der jüdischen Orthodoxie ideologisch überwältigen zu lassen.